

# Der Vogtlandbote

[links]

[alternativ]

26. Jahrgang Nr. 4/2018

Zeitschrift der Partei DIE LINKE im Vogtland

Spendenempfehlung: 1,- €



© Thorben Wengert / pixelio.de

## ES IST ZEIT ZUM HANDELN, SPEKULIERT WURDE GENUG.

Nach der Insolvenz der Paracelsus-Gruppe will die Fraktion DIE LINKE im Kreistag, dass der Landrat Verhandlungen mit den Insolvenzverwaltern aufnimmt und Konzepte erarbeitet, wie die betroffenen Krankenhäuser im Vogtland zurück in kommunale Trägerschaft überführt werden können. Dazu hat die Fraktion jetzt einen Antrag an den Kreistag gestellt.

„Für uns steht fest, wir sollten die Situation jetzt als Chance nutzen und die Kliniken in Reichenbach und in Adorf/Schöneck wieder zurück in den Kreis holen. Man darf nicht vergessen, dass der sächsische Krankenhausplan gerade in der Erarbeitung ist, daher

müssen endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden. Je länger wir warten, um so schwieriger wird es, die Standorte langfristig zu sichern. Jetzt müssen Verhandlungen aufgenommen werden und nicht erst, wenn die ganze Gruppe z.B. im Insolvenzverfahren verkauft ist und vielleicht eines der Krankenhäuser geschlossen werden soll.“ so Janina Pfau Kreisrätin und Kreisvorsitzende der LINKEN im Vogtland.

LINKEN Kreisrat Henry Ruß ergänzt: „Wir fordern in unserem Antrag, dass der Kreistag den Landrat beauftragt, mit den Verantwortlichen für das In-

solvenzverfahren der Paracelsus-Gruppe Verhandlungen zur Umsetzung einer Rekommunalisierung aufzunehmen und anschließend dem Kreistag Konzepte für eine kommunale Trägerschaft der Kliniken in Reichenbach, Adorf und Schöneck dem Kreistag vorlegt. An erste Stelle steht für uns die medizinische Versorgung der Bürgerinnen und Bürger, also müssen wir jetzt die Kliniken wieder in öffentliche Hand überführen und es kann festgestellt werden, dass der damalige Verkauf ein Fehler war.“ ~

[www.dielinke-vogtland.de](http://www.dielinke-vogtland.de)

**DIE LINKE.**

## INFORMATION DARF NICHT STRAFBAR SEIN

Im Rahmen der auf Bundesebene aktuell stattfindenden Debatte über das Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche, hat sich auch die vogtländische Bundestagsabgeordnete der CDU, Yvonne Magwas geäußert. Aus ihrer Sicht sollte alles so bleiben wie es ist.

Ihr ehemaliger Kontrahent aus dem Bundestagswahlkampf Maik Schwarz von der LINKEN sieht das anders: "Die bisherige Regelung kriminalisiert Ärztinnen und Ärzte und lässt Betroffene mit ihren Sorgen allein. Ein Hilfeangebot von ärztlicher Seite, muss ohne strafrechtliche Konsequenzen bleiben.

Keine Frau geht mit einer Abtreibung leichtsinnig um und auch jetzt schon, müssen vor Schwangerschaftsabbrüchen Beratungsgespräche erfolgen. Eine Aufklärung durch einen Facharzt oder Fachärztin ist doch viel sicherer, als dass Antworten in Foren oder dubiosen Internetseiten gesucht werden, die keinerlei Anspruch auf fachliche Richtigkeit bieten.

Zuletzt sorgte die Verurteilung einer Ärztin für Aufsehen, die dafür bestraft wurde, dass sie Aufklärung online anbot. Das darf nicht sein, Frauen müssen selbstbestimmt über ihren Körper bestimmen und eine legale Möglichkeit, eine ungewollte Schwangerschaft abzurechnen, entscheiden können. Das Schwangerschaftsabbrüche auch heute noch rechtlich verboten sind, entspricht einfach nicht mehr der Zeit. Daher unterstützt Die LINKE die Abschaffung des §219a des Strafgesetzbuchs und damit die Straffreiheit von helfenden Ärztinnen und Ärzten.“~

## TRIEBEL SOLLTE EIN BEISPIEL SEIN

in kleinen Schritten zur kostenlosen KITA

Der Gemeinderat Triebel hat sich erfolgreich gegen eine zwangsweise Erhöhung ihrer Kita-Gebühren zur Wehr gesetzt. Jetzt hat sich auch die Landkreisverwaltung offiziell dem Willen des Gemeinderates gebeugt.

Gemeinderätin der LINKEN Katharina Pfeffer freut sich über die Entscheidung des Landratsamtes: „Ich freue mich über diese Entscheidung des Landratsamtes. Ich möchte mich aber auch bei meinen Gemeinderatskollegen und der Bürgermeisterin bedanken. Nur weil wir gemeinsam gegen eine Zwangsanhebung gearbeitet haben, hatten wir letztendlich Erfolg. Als LINKE freue ich mich darüber besonders, da wir schon seit Jahren gegen Gebührenerhöhungen im Bereich der Kitas Stimmen. Wenn wir schon gezwungen werden Gebühren für unse-

re KITA´s zu erheben, dann sollten diese so niedrig wie möglich sein und nicht einem allgemein festgesetzten Wert angepasst werden. Ziel ist es für DIE LINKE immer noch, dass der Besuch von Kindertageseinrichtungen in Zukunft kostenlos ist.“

Teilweise wurde Triebel wegen seiner entschlossenen Haltung gegen die übergeordneten Stellen mit einem gallischen Dorf verglichen. Ein Vergleich den Pfeffer gut findet: „Schon jetzt gibt es Anfragen von Kommunalpolitikern aus anderen Gemeinden, wie wir das denn gemacht haben und ich hoffe, dass Triebel ein Beispiel sein kann für andere Kommunen. Die kommunale Selbstverwaltung ist damit gestärkt worden!“~

## FRAUENRECHTE SIND ERKÄMPFTE RECHTE

Traditionell feiert DIE LINKE im Vogtland den 8. März als Internationalen Frauentag. In diesem Jahr werden die politischen Versammlungen und das obligatorische Blumenverteilen von einem großen Jubiläum begleitet. Zum 100. Mal jährt sich die Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland.

Petra Rank, stellv. Kreisvorsitzende der LINKEN betont daher: "Wir wollen dieses Jubiläum und die mutigen Frauenrechtlerinnen ins Gedächtnis rufen, die dieses fundamentale Recht auf Mitbestimmung vor über 100 Jahren erkämpft haben.

Auch sollte uns dieser Meilenstein im Kampf für Gleichberechtigung Anlass sein, sich daran zu erinnern, wie wichtig es ist, sich für Frauen- und Freiheitsrechte stark zu machen und solidarisch für eine gleichberechtigte Gesellschaft zu streiten. Gleiche Rechte und Selbstbestimmung sind keine Selbstverständlichkeiten, sondern Ergebnis vieler politischer Kämpfe, die wir unablässig führen müssen. Und mit Blick auf nach wie vor bestehende Lohnunterschiede, ungleiche Teilhabe von Frauen\* in Politik und Wirtschaft oder den tief verwurzelten Sexismus in unserer Gesellschaft wird klar: Es gibt noch viel zu tun!“



## AUSWIRKUNGEN DER KÜRZUNGEN IM KINDER- UND JUGENDBEREICH GEFÄHRDEN DAS KINDESWOHL

DIE LINKE hatte vor der Beschlussfassung des Haushaltsstrukturkonzeptes im Kreistag gewarnt, dass die Kürzungen im Bereich Kinder und Jugend schwerwiegende Auswirkungen haben werden. Jetzt werden die Probleme offensichtlich.

Die Familienhilfe ist als Teil der „Hilfe zur Erziehung“ ein unschätzbare Mittel, um Familien und vor allem Kindern die dringend Hilfe brauchen zu unterstützen. Durch die Kürzungen der letzten Zeit ist jetzt die grundlegende Versorgung in Vogtland nicht mehr gesichert.

„Familien die eine Familienhilfe benötigen, müssen diese auch umgehend erhalten, damit das Wohl des Kindes nicht gefährdet wird. Es ist erschreckend, dass allein in Plauen und Umgebung 17 Familien keine Familienhilfe bekommen. Eine kurzfristige Lösung wird hier wohl kaum möglich sein, da diese Unterstützungsleistung von Fachpersonal durchgeführt werden muss. Wir fordern deshalb den Landrat auf, die Kürzungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe zurückzunehmen und ausreichend Unterstützungsangebote zur Verfügung zu stellen“, so Janina Pfau, Kreisvorsitzende und Kreisrätin der LINKEN im Vogtland.

Kreisrätin Uta Seidel ergänzt: „Die Situation der Kinder und Jugendhilfe im Vogtlandkreis ist schon lange angespannt, nicht nur in der Stadt Plauen. Bereits seit März 2016 bestanden in der Stadt Plauen Wartelisten für Familien in der Familienhilfe. Erst jetzt reagierte die Verwaltung, mit 2 Stellen zusätzlich für 12 Familien. Es ist absehbar, dass dies nicht ausreichen wird! Es müssen schnellstmöglich Maßnahmen eingeleitet werden, damit ausreichend Gelder, auch nach 2019 im Vogtlandkreis, für die Familienhilfe und offene Kinder- und Jugendhilfe, bereitgestellt werden können.

Zusätzlich stehen aber neben der Familienhilfe auch noch die Angebote der offenen Jugendarbeit auf dem Spiel. Die offene Jugendarbeit leistet einen wichtigen Beitrag für die Entwicklung von Kindern und kann frühzeitig Probleme erkennen, weitere Einschnitte in diesem Bereich sind unverantwortlich. Deshalb stellte DIE LINKE im Jugendhilfeausschuss den Antrag, die Förderrichtlinie der Kinder und Jugendarbeit im Vogtlandkreis zu prüfen. Dabei sollen die Ausführungen und Änderungsvorschläge des Vogtlandkreisjugendrings, als Dachverband von 45 Vereinen eingehen geprüft werden. Wir wollen, dass die freien Träger von Anfang an einbezogen bzw. beteiligt werden.“~

## TAXIS BRINGEN NICHT NUR NACHTSCHWÄRMER NACH HAUSE

Für Bürgerinnen und Bürger die kurzfristig auf ein Taxi angewiesen sind, wird es nun noch schwieriger ein Taxi zu bestellen. „Dabei sind Taxis in unserer immer älter werdenden Gesellschaft ein wichtiges Beförderungsmittel. Gerade ältere Menschen nutzen das Taxi für Fahrten, wo kein öffentliches Verkehrsmittel mehr zur Verfügung steht. Taxis bringen nicht nur Nachtschwärmer sicher nach Hause, sondern auch ältere und kranke Menschen zum Arzt. Es ist ihnen nicht zuzumuten erst mehrere Taxiunternehmen anzurufen.“, sagt Stadtrat André Hegel.

Was ebenfalls sauer aufstößt ist die Aussage von Herrn Häbler, dass der Mindestlohn das Problem sei, findet Maik Schwarz, stellvertretender Stadtverbandvorsitzender der Plauener Linken. "Eine Arbeit muss zum Leben reichen und das ist mit dem derzeitigen Mindestlohn schon schwer genug. Zu suggerieren es sei besser, wenn man einzelne Berufe schlechter bezahlt, ist ein Unding." Gemeinsam mit der Politik sollten andere Wege gefunden werden, um die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Mobilität nicht noch mehr einzuschränken.~



**Für eure Artikel!**

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe  
immer der 15. des Vormonats

Sendet uns eure Beiträge an: [redaktion@dielinke-vogtland.de](mailto:redaktion@dielinke-vogtland.de)



## AKTION VOR JOBCENTERN - AUS DEM SOZIALFORUM GÖLTZSCHTAL

Zur Bürgerversammlung am 12. März 2018 präsentierte die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Hartz IV der LINKEN in Sachsen auf der Veranstaltung des Sozialforums Göltzschtal ihre Erfolge und Niederlagen dieser Tour durch das Bundesland. Stationen waren die Jobcenter Annaberg-Buchholz, Plauen/Vogtland, Oschatz, Chemnitz, Zwickau, Dresden, Freital, Meißen und Leipzig.

An einigen Standorten war es möglich, den Infotisch direkt neben der Eingangstür aufzubauen, so in Plauen. Dies ist der für solche Aktionen günstigen Situation der Eigentumsverhältnisse zu verdanken gewesen. Angemeldet und genehmigt werden muss eine „Veranstaltung unter freiem Himmel“, sofern sie nicht auf Privatgelände stattfinden soll, beim zuständigen Ordnungsamt, also der Stadt. In Plauen befindet sich der entsprechende Gehweg in städtischer Hand. Mit Kaffee und Kuchen ausgestattet lauerten die Aktivistinnen auf die Frustrierten und teils Traumatisierten, die nach ihrem JC-Termin am Kaffeetisch vorbei mussten. Auf die Frage: „Dürfen wir Ihnen einen Kaffee spendieren?“, konnten nur wenige „Nein!“ sagen. Diese Stärkung wurde dankend angenommen. So kam man sehr schnell ins Gespräch. Man tauschte Erfahrungen aus und in Notlagen konnte man zu Hartz IV-Beratung und Tafelausgabe vermitteln. Besucher des Standes fragten sich: „Was will die viele Polizei heute hier?“, drei Streifenwagen mit jeweils zwei Beamten.

Anders in Oschatz! Das Jobcenter befindet sich in einem riesigen, umzäunten und privaten Areal. Zwei Parkplätze weitab vom Jobcentergebäude hatte die Stadt mittels Aufstellung von Halteverbotsschildern außerhalb des Geländes für die Aktion reserviert. Kaum jemand kam zu Fuß vorbei. Dafür pendelten viele mit ihrem PKW zum Jobcenter oder in die naheliegende Gartenanlage. Die Rettung für mehr Aufmerksamkeit war eine „Sanktionsleine“. Man spannte eine Wäscheleine zwischen die beiden Verkehrsschilder. Nun interessierte sich so gut wie jeder motorisierte Passant für die „Zettel“, die an der Leine

flatterten, und viele grüßten nun sogar mit begeistertem Lächeln. Leider aber stoppte keiner für einen Becher aufmunternden Kaffee und vielleicht etwas mehr.

In Freital (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) - Hochburg im letzten Bundestagswahlkampf für AFD & Co. - positionierte man sich aus Gründen wie in Oschatz weitab vom Jobcenter, aber jedoch hier an zentraler Stelle. Als (Wahl-)Kämpfer der LINKEN wurde man vor der Lutherkirche nicht übersehen. Beinahe soll es sogar auf der vorbeiführenden, überaus stark frequentierten Straße zu einem Auffahrunfall gekommen sein. Ein neugieriger Vorbeifahrer riskierte aus dem offenen Autofenster heraus einen Schnappschuss mit seinem Smartphone. Weniger aufregend, aber dafür von Mitgliedern und Sympathisanten der LAG sehr gut unterstützt, waren die Aktionen in den Großstädten Dresden und Chemnitz. Man hat sehr viele Gespräche führen, Kontakte knüpfen und Broschüren und Flyer verteilen können. Auf diese Weise geriet sicher auch wissenswertes Infomaterial an Untertanen dieses menschenverachtenden Systems, an Mitarbeiter der Jobcenter, die in ihre Mittagspause oder in den Feierabend gingen.

### Sozialschmarotzer

von Ralf Becker

*Schon wieder fünf Jahre vergangen, in denen ich am Tropf des "Sozialstaats" gehangen.*

*Wie die Zeit so schnell vergeht.*

*Durch des Alltags Pflichtverlangen hier und da Grenzerfahrung steht.*

*Mancher ist durch solche Zeit den letzten Weg gegangen.*

*Doch mein Weg ist hoffentlich noch weit.*

*"Sozialschmarotzer" höre ich sie schrein.*

*Ich habe kein schlechtes Gewissen.*

*Die wirklichen Schmarotzer bringen "Boni" heim.*

*Immer wenn ich transparent und sachlich war,*

*haben sie mich rausgeschmissen.*

*"Unternehmer" wollen die sein?*

*Ich habe mich immer voll eingebracht, und meine Arbeit nicht halb gemacht.*

*Auf Feierabend ich nie schaute, wenn sich was zusammenbraute.*

*Doch mein Rückgrat ist sehr steif, ich bin halt lebenserfahren und reif, und lass mich nicht zum Sklaven machen,*

*bei Zeitung austragen, Scheinselbständigkeit,*

*Versicherungsvertrieb, „Leiharbeit“ oder andere prekäre Sachen.*

*Dazu bin ich wirklich nicht bereit, dazu ist mir zu schade meine Zeit.*

Kathrin Kosche

Station in Freital



## NEIES VON DAE META

Ne Freitooch wollt de Meta glei frieh beim Kaffeetrink'n in de Zeitung gucken. Wo se de erschte Seit gelesen hott is iehr glei dar Appetit auf Pflaumekuung vargange un sie hott wutentbrand glei iehr Plausische Freidin, de Neideiteln aageruufn: Die kaa siech scha denk'n wer draa is, als es Telefon klingelt, denn sie liest aa den Mist, denn Kultus in Dresden ausgeheckt hott.

Do wettet de Meta glei los. „Seit 10 Goahrnen wissen die Eierkpepf wie viel Kinne heier, also 2018, nei de 5. Klasse komme un genauso lang wie viel se Lehrer do darzu braung

Die braung doch bloß Statistiken ze lesen, aber do sei se ze bleed darzu. Weil se miet iehrer Lehrerpoltik de Bildung na de Wand gefahrn hamm, sellln in dar 5. Klasse ner noch je 2 Std. Musik un Zeichne gehm. De Sechstklässler lerne 1 St wenischer

de 2. Fremssprache. Des is e große Sauerei, Schulchöre und Malzirkel werds nimmer lang gehm. Kunstverständnis un Intresse draa werd immer wenscher wern. Traurisch aber wahr!“

Drauf de Neideiteln „Die Kinner kenne ja bei de Graffitischmierer lerne woas itze Kunst is; Und woas braung die Volkslieder lerne, wenn se jeden Tooch von frieh bis Ohmd des ses Gehör zer Sau machenden englische Gebrüll hörn kenne.“

Do soocht de Meta „Die Pleitenoffnbarung geht hoch weiter:

In allen Klassen solls ner noch zwee Std. Turne un annarn Sport gehm. Hammer denn net scha genuch übergewischte un unbewechliche Kinner, die ner noch am PC rumklappern und kaan Schritt zewiel laafn. Denken die in Dresden, dess aaner, der scha miet Widerwillen nei de Sportstund laatscht, plötzlich nei ne Sportverein gett? Des is doch bloß e faule Ausred!“

„Do dorfier gibbs itze scha ab 7.Klass des Fach Gemeinschaftskunde.Des ist genauso e Geschwafel wie bei uns

## WEIß UNSER GESUNDHEITSMINISTER, WAS HARTZ IV BEDEUTET?

Dieser Satz von Jens Spahn hat für Empörung gesorgt: "Hartz IV bedeutet nicht Armut, sondern ist die Antwort unserer Solidargemeinschaft auf Armut." Seine Begründung: "Mit Hartz IV hat jeder, was er zum Leben braucht", denn Hartz IV werde "mit großem Aufwand genau bemessen und regelmäßig angepasst."

Jens Spahn ist seit vielen Jahren Politiker der CDU. Seit der Existenz von Hartz IV kritisieren Sozialverbände, linke Parteien und neuerdings auch bürgerliche Medien die Berechnungsmethoden von Hartz IV: die Auswahl der Haushalte, deren Verbrauch statistisch erfasst wird (z.B. die Einbeziehung von sogenannten verdeckt Armen, die aus Unkenntnis oder Scham keinen Antrag auf Hartz IV, Sozialhilfe oder Grundsicherung gestellt haben), die

Streichung von Ausgaben aus den abgegebenen Listen (z.B. chemische Reinigung). Wolfgang Waitz hat mehrfach im Vogtlandboten kuriose und traurige Beispiele dafür genannt. Aber Jens Spahn urteilt, Hartz IV sei genau bemessen. Hat er sich je mit dieser Problematik befasst?

Noch erstaunlicher ist seine offensichtliche Ignorierung amtlicher Analysen: Jährlich werden Statistiken über Armut in Deutschland veröffentlicht: 2016 waren 19,7 % unserer Bevölkerung von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen (statistica.com). Die Armutsgrenze liegt dabei nach der "neuen OECD-Äquivalenzskala" bei

Staatsbürgerkunde war. Uns hamm se eigetrichtert unnere Freinde sei de Russen. Itze seis plötzlich de Mohammedaner, die massenweis ze uns reikomme, weil se siech darhamm unnerganner net vertroong uns siech gengseitisch de Nischl klar puchen. Mehr will iech aber net soong, sinst kumme de Utras un haue mar de Fensterschein nei“

Dieter Riedler

"60% des mittleren bedarfsgewichteten Nettoeinkommens der Bevölkerung in Privathaushalten". Gehören zu diesen 19.7% keine Hartz IV-Empfänger?

Und auch Stellungnahmen von Vertretern der Sozialverbände sind ihm anscheinend nicht wichtig: Wiederholt hat z.B. der Präsident des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Ulrich Schneider kritisiert, dass man mit 240 € im Monat kein Kind versorgen kann und dass die löblich in Aussicht gestellte Erhöhung des Kindergeldes bei den Ärmsten der Armen nicht ankommt, weil Kindergeld von der Hartz IV-Regelleistung abgezogen wird. Auch die Berechnung der Hartz IV-Regelsätze wertet er als willkürlich und vorsätzlich kleingerechnet.

Nach zahlreichen Kritiken, auch aus den eigenen CDU-Reihen, hat Jens Spahn zwar seine Aussage, Hartz IV sei keine Armut, nicht zurückgenommen, aber er versuchte, seine Kritik abzuschwächen: "Natürlich ist es schwierig, mit so einem kleinen Einkommen umgehen zu müssen, wie es Hartz IV bedeutet. Das deckt die Grundbedürfnisse ab, nicht mehr." Ihm sei wichtig zu betonen, "dass unser Sozialsystem für jeden ein Dach über dem Kopf vorsieht und für jeden das Nötige, wenn es ums Essen geht." Ich bin nicht sicher, dass Hartz IV das überall leistet, Ich bezweifle z.B., dass in Großstädten, wo die Mieten enorm steigen, alle Betroffenen für die genehmigten Hartz IV-Mietkosten Wohnungen finden.

Ich denke, Sandra S. von Change.org fordert berechtigt, dass Jens Spahn doch wenigstens einen Monat versuchen sollte, von Hartz IV zu leben. Die Petition, die sie im Internet initiiert hat, haben übrigens bis zum 15.3.2018 mehr als 100 000 Menschen unterschrieben!

Dr. Dorothea Wolff

## LANDTAGSWAHL 2019

### Landesvorstand stellt Weichen für Mitgliederentscheid über Spitzenkandidatur

Der Landesvorstand der sächsischen LINKEN hat sich auf seiner letzten Sitzung am Freitagabend in Dresden für einen Mitgliederentscheid über die Spitzenkandidatur zur Landtagswahl 2019 ausgesprochen. Er folgte damit dem Vorschlag von Landesvorsitzender und Landesgeschäftsführer. So beauftragte der Landesvorstand die Erarbeitung eines Wahl- und Aufstellungsverfahrens für die Landtagswahl, welches nicht nur einen Mitgliederentscheid über die Spitzenkandidatur, sondern auch eine Mitgliederbefragung über die inhaltliche Schwerpunktsetzung für den Wahlkampf vorsehen soll. Folgt der Landesparteitag am 25. August dem Vorschlag, sind alle Mitglieder der sächsischen LINKEN dazu aufgerufen, sich im Oktober und November an der inhaltlichen und personellen Debatte zu beteiligen und damit direkt über das Auftreten der Partei im Wahlkampf mitzuentcheiden.

Dazu erklärt Antje Feiks, Landesvorsitzende der sächsischen LINKEN: „Ich habe meine Kandidatur zur Landesvorsitzenden mit dem Versprechen verbunden, die sächsische LINKE als Mitgliederpartei neu aufzustellen und mehr basisdemokratische Beteiligung unserer GenossInnen zu etablieren. Dass der Landesvorstand mit einmütigem Votum diesem Vorhaben folgt, werde ich als klares Signal, dass dieser Wunsch nach mehr Beteiligung in der Partei breit getragen wird. Mein Wunsch ist es, dass die GenossInnen, die vor Ort unserer Partei ein Gesicht geben und unsere Wahlkampagnen umsetzen, auch direkten Einfluss darauf bekommen, für was sie auf der Straße stehen und kämpfen.“

Thomas Dudzak, Landesgeschäftsführer der sächsischen LINKEN ergänzt: „Folgt auch der Landesparteitag dem Vorschlag des Landesvorstandes, wer-

den wir im Oktober und November eine intensive Zeit der inhaltlichen und personellen Vorbereitung auf den anstehenden Landtagswahlkampf erleben. Auf 13 Regionalkonferenzen sollen sich die Mitglieder mit Personal und Inhalt auseinandersetzen. Das Ergebnis der Mitgliederbefragung zur Schwerpunktsetzung im Wahlkampf wird die Grundlage für die Kampagnenplanung und die Erarbeitung des Landtagswahlprogramms bilden. Und mit dem Entscheid werden die Mitglieder unmittelbar bestimmen, wer diese Inhalte im Wahlkampf für unsere Partei vertreten soll. Diese Breite der basisdemokratischen Beteiligung ist mindestens für das sächsische Parteiensystem beispiellos. Es sagt deutlich: Bei uns kommt es auf jede Genossin, auf jeden Genossen an.“~

## ABGELEGENER MÜLL

Mich erreichte nach den Veröffentlichungen in der Freien Presse über Probleme bei der Müllentsorgung – in Bezug auf „wilde Entsorgungen“ und Missbrauch der Behälter ein Anruf einer über 80-jährigen gehbehinderten Frau aus dem Auerbacher Ortsteil Rempesgrün. Sie schilderte ihre Situation als beschämend, ungerecht und diskriminierend. Ihr Haus (früher mit landwirtschaftlicher Nutzung) ist zwar mit einer befahrbaren Zufahrt erschlossen, diese ist wohl aber nicht für die üblichen großen Entsorgungsfahrzeuge geeignet (weil keine Wendemöglichkeit, müsste rückwärts gefahren werden). Diese dort allein wohnenden älteren Menschen sollen die Kübel über mehrere 100 Meter den Berg runter und zurück zur Abholung bereitstellen. Das gilt für Restmüll, gelbe Säcke und Papier. Für Sperrmüll wäre es noch weiter. Als sie im Abfallamt nachfragten, erhielten sie zur Antwort – da müssen wir jemanden zu Ihnen schicken und dann erhalten sie einen Kostenvoranschlag für zusätzliche Leistungen! Dabei müssen sie schon seit Jahren den gleichen Grundbetrag zahlen wie alle anderen, deren Abfälle (Pa-

pier/ Gelbe Säcke und Restmüll) am Haus abgeholt werden.

Nun erinnere ich mich, dass das Problem der Entsorgungsleistungen schon vor vielen Jahren damit gelöst wurde, dass zu diesen – etwas abseits gelegenen Anwesen eben kleinere Fahrzeuge eingesetzt wurden. Deshalb meine Frage an Alle: Wie ist die Situation heute in Euren Städten und Gemeinden hinsichtlich dieses Problems? Ich gebe zu, dass ich beim Durchar-

beiten der neuen Satzung und in diesem Zusammenhang immer nur auf Großwohnanlagen und kompakter Bauung geschaut hatte. Aber wie dort in Rempesgrün ist es doch im Vogtland sicher in vielen Orten das gleiche Problem, wenn ältere Menschen, die eben kein Kfz mehr haben und alleine wohnen. Wie könnten wir diesen allein gelassenen Menschen helfen? (Kümmererpartei!)

*Peter Jattke*



## SOGAR DAS MILITÄR, TAUGT BEI UNS NICHTS MEHR

Seit Ursula von der Leyen bei der Bundeswehr etwas zu sagen hat, ist es noch schlimmer geworden als vorher. Früher wurden Rekruten, die zur Marine wollten, gefragt, ob sie schwimmen können. Weil man nicht sicher sein konnte, ob beim Ablegen genug Schiffe vorrätig wären. Inzwischen müssen die Soldaten, die an die Ostfront versetzt werden, ihre eigene Winterkleidung mitbringen und am besten auch ein Zelt, wenn sie es ein bisschen gemütlich haben wollen. Außerdem genug Euro, die an jeder Straßenecke in Leib und Seele erwärmenden Wodka eingetauscht werden können.

Sogar die Linkspartei sorgt sich um die Bundeswehr - schlimmer kann es wirklich kaum kommen. Nachdem hoffnungsvolle Unteroffiziersanwärter bei der Ausbildung reihenweise in Ohnmacht gefallen sind, meldete sich die Friedenspartei mit Donnerstimme zu Wort, um ihrer Sorge um das Wohl der Soldatinnen und Soldaten Ausdruck zu verleihen. Es gehe um die Glaubwürdigkeit der Bundeswehr, konnte man lesen. Wie soll man auch diesen Stahlhelm- und Stiefelträgern trauen, deren Weg von Unfähigen und Ohnmächtigen gesäumt ist. Sogar der Hauptmann von Köpenick war besser ausgerüstet

*Dieter Riedler*

## NÄCHSTES JAHR SIND KOMMUNALWAHLEN

Ja liebe Genossinnen und Genossen es ist schon wieder fast soweit. Nächstes Jahr werden wieder Kommunalwahlen stattfinden. In Vorbereitung darauf gibt es für jeden von uns schon jetzt etwas zu tun. Wir alle sollten jetzt schon mit Menschen sprechen, ob sie Interesse haben sich in den Ortschafts-, Gemeinde-, Stadträten oder dem Kreistag einbringen können und wollen. Ich glaube hin und wieder hat jeder von uns im privaten Umfeld Gespräche mit politisch interessierten Bürgern die unserer Partei nahe stehen. Sprecht mit ihnen darüber, ob sie sich vorstellen könnten sich einzubringen. Und natürlich gilt die Frage auch für Genossinnen und Genossen selbst. Auch unsere derzeitigen Mandatsträger sollten sich die Frage stellen, ob sie noch einmal antreten möchten. Ob sie das schaffen, den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden. Wer weiß, dass er nicht noch einmal antreten möchte, sollte sich dringend nach einem/einer Nachfolger/in umsehen und diese/n einarbeiten, falls das noch nicht geschehen ist. Wir müssen dabei immer bedenken, dass die Bürgerinnen und Bürger von uns erwarten, dass wir etwas entgegensetzen, gegen die Politik der CDU und das was wir entgegen setzen sollte natürlich qualitativ gut sein. Machen wir uns also ans Werk, schon jetzt Menschen zu ermutigen sich einzubringen und diese auch fit zu machen für die bevorstehenden Aufgaben als Kommunalvertreter.

*Maik Schwarz*

## IDEENSAMMLUNG ZUM WAHLPROGRAMM ZUR KREISTAGSWAHL

Liebe Genossinnen und Genossen, die bald sind wieder Kreistagswahlen und natürlich brauchen wir für die Kreistagswahlen wieder ein Wahlprogramm. Aus diesem Grund fangen wir jetzt schon an eure Ideen für unser nächstes Wahlprogramm zu sammeln. Es muss sich jetzt noch nicht um einen vollkommen ausformulierten Text handeln, sondern es handelt sich um eine Ideensammlung.

Ich bitte euch alle, eure Vorschläge bis zum 30.06.2018 an mich zu schicken. Am Ende der Sommerpause wird es dann vom Kreisvorstand einen ersten Entwurf geben, welchen wir dann gemeinsam ausführlich diskutieren werden.

Für alle die noch einmal in das alte Wahlprogramm schauen wollen, findet ihr dieses unter:

[www.dielinke-vogtland.de/ktw-programm](http://www.dielinke-vogtland.de/ktw-programm)

*Janina Pfau*



Du bist Mitglied der Partei DIE LINKE, ließt regelmäßig deine E-Mails? Aber du bekommst keine von DIE LINKE?

Dann kennen wir deine E-Mailadresse vielleicht noch nicht, oder deine E-Mailadresse hat sich geändert.

Melde deine E-Mailadresse und deinen Namen an die Kreisgeschäftsstelle unter: [kontakt@dielinke-vogtland.de](mailto:kontakt@dielinke-vogtland.de)

## BESUCH DES SÄCHSISCHEN LANDTAGS

am 25. April 2018

Die Landtagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Janina Pfau teilt mit, dass es am 25. April 2018 wieder die Möglichkeit für Bürgerinnen und Bürger gibt den Sächsischen Landtag in Dresden zu besuchen.

Nach der Anreise mit dem Bus nach Dresden und der Möglichkeit die Stadt kurz besichtigen, wird es dann ein Abgeordnetengespräch mit Frau Pfau geben, in dessen Rahmen Fragen und Anliegen zu ihrer parlamentarischen Arbeit gestellt werden können.

Nach dem Gespräch erfolgt dann eine Führung, bei der man die Räumlichkeiten und Arbeitsweise des sächsischen Landtages kennenlernen kann. Im Anschluss bietet sich dem Besucher die Möglichkeit, das an diesem Tag statt findende Plenum zu verfolgen.

Nähere Informationen erhalten Sie bei der Anmeldung.

Bei Interesse melden Sie sich bitte telefonisch unter 037421 / 187878 oder per Mail an [bb-pfau@linksfraktion-sachsen.de](mailto:bb-pfau@linksfraktion-sachsen.de)

Anmeldungen können noch bis zum 11.04.2018 erfolgen

## Rotfuchs Regionalgruppe Plauen lädt ein:

**Vortrag & Diskussion:  
Erscheinungen der  
extremen Rechten im  
Sächsischen Landtag  
und die Auswirkungen  
auf die Demokratie**

**Referent:**

**Klaus Bartl, MdL Sachsen,  
Verfassungs- und Rechtspolitischer  
Sprecher der Partei DIE LINKEN**

**18.04.2018 - 15:00 Uhr  
Jugendherberge  
"Alte Feuerwache Plauen"  
(Neundorferstr. 3 , 08523 Plauen)**

**Diskussionsrunde des  
Stadtverband Plauen :**

## Glyphosat - Für und Wider

**Referentin:**

**An der Veranstaltung werden  
Vertreterinnen aus der regionalen  
Landwirtschaft und Politik  
teilnehmen**

**16.04.2018 - 19:00 Uhr  
Wohngebietstreff des Wohn-und  
Lebensräume e.V. Mammenstraße  
40, 08527 Plauen**

## WIR GRATULIEREN

allen Leserinnen und Lesern, die ihren Geburtstag feiern können. Besondere Grüße gehen an die Jubilare die über 80 Jahre jung werden:

H. Kasten	Plauen	19.4.
I. Bille	Plauen	21.4.
K. Gromoll	Klingenthal	21.4.
W. Unger	Plauen	22.4.
U. Mieth	Auerbach	23.4.
J. Gruschwitz	Reichenbach	26.4.
H. Rennwanz	Plauen	26.4.
H. Gruner	Plauen	4.5.
G. Wilferth	Tirpersdorf	6.5.
I. Schäfer	Falkenstein	14.5.

Wir wünschen Glück, Gesundheit und viel Kraft für das neue Lebensjahr.

## Der Vogtlandbote

### INTERESSANT?!

*"Frauen verdienten 2017 mit einem durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von 16,59 € rund 21 % weniger als Männer (21,00 Euro). Im Ost-West-Vergleich fällt auf, dass der Entgeltunterschied zwischen Männern und Frauen in den neuen Ländern mit 7 % nach wie vor deutlich geringer ist als im früheren Bundesgebiet (22 %)."*  
Statistisches Bundesamt

### Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE, erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; Tel.: 03741/201695, E-Mail: [redaktion@dielinke-vogtland.de](mailto:redaktion@dielinke-vogtland.de). Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15.03.2018, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 15.04.2018. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.